

4. *billigt* die im Bericht des Generalsekretärs²¹ vorgelegten revidierten Haushaltspläne in Höhe von insgesamt 26.848.900 US-Dollar für die Regierung der Vereinten Nationen ein zweijähriges Übereinkommen für das sekundäre Datenzentrum am Amtssitz

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 63/262 vom 24. Dezember 2008,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs „Informations- und Kommunikationstechnologie, Notfallwiederherstellung und Geschäftskontinuität für die Vereinten Nationen: Regelungen für das sekundäre Datenzentrum am Amtssitz“

²³ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen²⁴,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs²³;
2. *bekräftigt* die Notwendigkeit eines globalen operativen Rahmens, der die Vereinten Nationen in die Lage versetzt, wirksam auf Notsituationen zu reagieren, die den Betrieb wesentlicher Elemente ihrer informations- und kommunikationstechnologischen Infrastruktur und Einrichtungen beeinträchtigen könnten;
- 3.

ren Datenzentrums in den Nordgarten des Amtssitzes, einschließlich der Risiken im Zusammenhang mit der physischen Datensicherheit, ausreichend gemindert werden;

7. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Nutzung der Dienste des Internationalen Rechenzentrums die Einhaltung aller Vorschriften und Regeln für die Beschaffung sicherzustellen, um die Kostenwirksamkeit der von dem Zentrum bereitgestellten Dienste zu gewährleisten;

8. *schließt sich* vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Resolution den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen²⁴ an;

9. *wiederholt ihr* in Abschnitt IV Ziffer 7 ihrer Resolution 63/262 enthaltenes *Ersuchen* an den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die angemieteten Räumlichkeiten voll genutzt werden, falls es nicht möglich ist, den Mietvertrag zu kündigen;

10. *stellt mit Besorgnis fest*, dass die durch das Fehlen zuverlässiger Dienste für die Notfallwiederherstellung und die Geschäftskontinuität am Amtssitz verursachten Verzögerungen zu weiteren Kostensteigerungen, so auch in Bezug auf den Sanierungsgesamtplan, und zu Risiken für Daten führen können;

11. *beschließt*, dass über weitere Vorschläge zu Risikominderungsmaßnahmen zum Schutz der Daten und der Informations- und Kommunikationssysteme des Sekretariats während der Bauphase des Sanierungsgesamtplans bei Bedarf im Kontext des jährlichen Fortschrittsberichts über den Sanierungsgesamtplan Bericht zu erstatten ist;

12. *ersucht* den Generalsekretär, 5.096.880 US-Dollar im gebilligten Haushaltsplan für den Sanierungsgesamtplan aufzufangen, und beschließt, den Betrag von 2.031.860 Dollar aus den für den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt für den Zeitraum vom 1. Juli 2009 bis 30. Juni